

**Regierungserklärung
der Ministerin für Bildung, Familie, Frauen und Kultur
Annegret Kramp-Karrenbauer**

„Aufstieg durch Bildung“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 10. September 2008, 09:00 Uhr

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

das Saarland ist ein Aufsteigerland. Dies ist keine Behauptung, sondern dies belegen harte Fakten. Zwischen 1999 und 2007 lag das Saarland an der Spitze des Wirtschaftswachstums in Deutschland. Im Saarland wuchs die Wirtschaft um real 15,2 Prozent und damit um rund ein Viertel mehr als im Bundesdurchschnitt. Gerade im letzten Monat ist die Arbeitslosenquote im Saarland weiter auf 7,2 Prozent gesunken. So niedrig war die August-Arbeitslosigkeit zuletzt 1982. Durch eine erfolgreiche Strukturpolitik ist es im Saarland gelungen, jetzt bundesweit die fünftniedrigste Arbeitslosenquote vorzuweisen, eine Verbesserung um vier Plätze gegenüber 1999. Im Saarland ist die Erwerbstätigenzahl so hoch wie nie zuvor. Seit dem Jahr 2000 arbeiten im Saarland in jedem Jahr über 500.000 Erwerbstätige. Aber Aufsteigerland wird nur, wer auch im Bereich der Bildung **Engagement, Qualität und Erfolg** nachweisen kann. Engagement, Qualität und Erfolg das ist der Dreiklang für eine valide und nachhaltig gute Bildungspolitik.

Engagement für die Bildung zeigt sich darin, dass das Thema die notwendige Priorität erhält. Dies war und ist für die CDU geführte Landesregierung Verpflichtung von Anfang an. Die Opposition hat im vergangenen Plenum den Versuch unternommen, ihre Kritik mit Fakten zu belegen. Sie hat KMK-Statistiken und andere herangezogen, um ein düsteres Bild zu zeichnen. Dabei hat sie jedoch die positiven Kennziffern tunlichst verschwiegen.

- Schaut man sich die Relation Schüler je Lehrer an allgemein bildenden Schulen an, so haben wir im Saarland im Vergleich der westlichen Flächenländer, und das sind für uns die relevanten Vergleichspartner, im Schuljahr 2006/2007 die meisten Lehrer je Schüler nach Baden-Württemberg.
- An den Grundschulen setzen wir mit einer Relation von einem Lehrer auf 18,1 Schüler die meisten Lehrer ein (zum Vergleich Rheinland-Pfalz 18,4, Bayern 19,7, Baden-Württemberg 20,2).
- Bei den Gymnasien liegt die Lehrerversorgung im Sekundarbereich I mit 18,1 Schüler/Lehrer nach Bayern und Baden-Württemberg an dritter Stelle der westlichen Flächenländer. Dies gilt auch für den Sekundarbereich II.

- Das Saarland hat nach Nordrhein-Westfalen und Hessen die höchste Quote an Absolventen mit Abitur bzw. Fachhochschulreife. Mit über 48% hat fast die Hälfte eines Altersjahrgangs 2006 die Berechtigung erworben, ein Studium aufnehmen zu können.
- Von dieser Hochschulzugangsberechtigung machen auch viele Saarländerinnen und Saarländer Gebrauch. Ein gutes Drittel des Altersjahrgangs (34% - 35%) hat ein Studium aufgenommen. Damit liegt das Saarland auf Platz 2 aller Bundesländer.

Es ist richtig, dass das Saarland im Jahr 2005 mit 4.300 Euro für die Ausbildung eines Schülers/einer Schülerin an öffentlichen Schulen weniger als die anderen Bundesländer ausgab. Ein genauer Blick in die Statistik zeigt aber, dass sich die Bildungsausgaben aus den Beiträgen des Landes und den der kommunalen Ebenen als Schulträger zusammensetzt. Wenn man sich die Ausgaben des Saarlandes ohne die seiner Städte und Gemeinden anschaut, ergibt sich ein anderes Bild. Das Saarland zahlte hier im Haushaltsjahr 2005 je Schüler 3.600 Euro und damit mehr als Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen (mit 3.500 Euro), Nordrhein-Westfalen (mit 3.400), Mecklenburg-Vorpommern und Bayern (mit 3.300 Euro) und genauso viel wie Rheinland-Pfalz.

Während es 1985 8.822 Lehrerstellen gab, waren es zu Ende der Ära Lafontaine 1998 nur noch 7.777, dies entspricht einer Kürzung um 1.045 Stellen also 12 Prozent der saarländischen Lehrerstellen. Dagegen hat sich die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer von 1999 bis heute von 7.774 auf 7.983 erhöht. Und dies bei rückläufigen Schülerzahlen.

Dort, wo wir bei den Klassengrößen an weiterführenden Schulen noch unterdurchschnittlich sind, haben wir gehandelt. In der Regierungserklärung vor einem Jahr hat der Ministerpräsident die „Kleine-Klassen-Garantie“ angekündigt. Sie ist mit Beginn dieses Schuljahres umgesetzt worden.

Seit diesem Schuljahr gilt für die Eingangsklassen der Gymnasien, der Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen, dass sie nicht größer sind als die Maximalgröße in den Grundschulklassen. Danach wird die „Kleine-Klassen-Garantie“ Jahrgang für Jahrgang aufsteigend realisiert.

Dafür stellt das Land in den nächsten sechs Jahren insgesamt 28 Mio. Euro bereit. Allein an den Erweiterten Realschulen sind für 2008/09 zehn Stellen zur Verfügung gestellt worden, an Gymnasien sind es 15.

Qualität heißt für uns, Bildungserfolge für alle Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Wir wollen, dass mehr Kinder einen besseren Abschluss erhalten ohne die Anforderungen hierfür zu senken.

In allen Bundesländern sind in den letzten Jahren Systeme der externen Evaluation von Schulen auf den Weg gebracht worden. Auch im Saarland haben wir uns zur Qualitätssicherung verpflichtet, welche die Schulen durch externe Evaluation unterstützt. Dabei geht es ausdrücklich nicht um die Beurteilung der Arbeit einzelner Lehrkräfte, sondern um eine konstruktive Rückmeldung an die gesamte Schulgemeinschaft über den Stand der schulischen Arbeit. Wichtigstes Ziel ist die Anregung einer systematischen Schulentwicklung insbesondere in den Bereichen Unterricht und Erziehung. Die allgemeinbildenden Schulen sollen zukünftig etwa alle vier Jahre im Rahmen von Schulbesuchen extern evaluiert werden. Durchgeführt wird der Schulbesuch von erfahrenen Lehrerinnen und Lehrern. Derzeit sind für die weiterführenden Schulen drei Qualitätsberater/Innen, für die Grundschulen fünf Qualitätsberater/Innen im Einsatz.

Die Qualitätssicherung hat Ende 2006 in den Grundschulen begonnen. Im vergangenen Schuljahr wurde das Konzept für die weiterführenden Schulen weiterentwickelt. Ab diesem Herbst wird das Verfahren in den Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien in die Erprobungsphase mit freiwilligen Schulen gehen. In der Erprobungsphase werden die Instrumente „geeicht“, also den speziellen Gegebenheiten der jeweiligen Schulform angepasst. Vorher werden – wie dies schon bei der Grundschule der Fall war - die Hauptpersonalräte, die Verbände und Schulleitungsvertreter umfassend informiert.

Selbstverständlich beteiligt sich das Saarland an den länderübergreifenden Vergleichsarbeiten und Kompetenzfeststellungsverfahren. Und wir sind auch Partner, wenn es um die Verbesserung der Unterrichtsqualität geht. So nimmt das Saarland seit Februar 2008 mit zwölf Grundschulen am bundesweit sehr erfolgreichen Programm Sinus-Transfer teil. Ziel des Programms ist die Weiterentwicklung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts. Ausgehend von Problemen, die sich in Studien wie TIMMS und PISA in Bezug auf die MINT-Fächer gezeigt haben,

arbeiten Lehrkräfte einer Schule gemeinsam an der Verbesserung ihres Unterrichts. Die Ergebnisse werden in regionalen Netzwerken und auch länderübergreifend mit anderen Schulen ausgetauscht. In diesem Schuljahr wird das Programm auf weitere Grundschulen und die weiterführenden Schulen ausgedehnt.

Erfolg heißt für uns bessere Bildung, höhere Abschlüsse für mehr Schülerinnen und Schüler, heißt, die getroffenen Maßnahmen zeigen Wirkung.

Laut Bildungsmonitor 2008 liegt das Bildungssystem des Saarlandes auf Rang 6 – drei Plätze vor unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz und sogar vor den finanzstarken Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Das Saarland gehört zu den Gewinnern im Bildungsmonitor 2008. Kein anderes Bundesland hat in den vergangenen Jahren zum Beispiel in der Bekämpfung der Bildungsarmut größere Erfolge vorzuweisen.

- Die Quote der Abgänger ohne Hauptschulabschluss ist stark rückläufig. Sie liegt derzeit bei 7,8 Prozent gegenüber 11,1 Prozent in 1999. Und wenn man sich hier die Statistik genau anschaut, dann sieht man, dass von 1999 bis 2006 der Anteil von Schülerinnen und Schülern ohne Hauptschulabschluss aus den Förderschulen durchschnittlich bei 3,8 Prozentpunkten lag. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss an den Regelschulen ist von 7,2 Prozentpunkten in 1999 auf 4,1 Prozentpunkte in 2006 gesunken.
- Der Anteil nachgeholter Schulabschlüsse ist der dritthöchste in Deutschland.
- Die Chancen von Ausländern in der Bildung wurden in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Der Bildungsmonitor bescheinigt:
 - Die Quote der ausländischen Schülerinnen und Schüler in beruflichen Schulen, die eine Hochschulzugangsberechtigung (HZB) erwerben, erhöhte sich von 3,2 Prozent im Jahr 1988 auf 9 Prozent im Jahr 2006.
 - Die Quote der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die in allgemeinbildenden Schulen eine HZB erwerben, erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 4,9 Prozent auf 6,7 Prozent.
 - Die Quote der ausländischen Schulabgänger ohne HSA wurde seit 1998 von 25 Prozent auf 16 Prozent gesenkt.
- Das Saarland hat nach Nordrhein-Westfalen und Hessen die höchste Quote an Absolventen mit Abitur bzw. Fachhochschulreife. Mit über 48% hat fast die Hälfte

eines Altersjahrgangs 2006 die Berechtigung erworben, ein Studium aufnehmen zu können.

- Von dieser Hochschulzugangsberechtigung machen auch viele Saarländerinnen und Saarländer Gebrauch. Ein gutes Drittel des Altersjahrgangs (34% - 35%) hat ein Studium aufgenommen. Damit liegt das Saarland auf Platz 2 aller Bundesländer.

Damit sind wir noch nicht zufrieden, aber im Vergleich zu dem, was die Vorgängerregierung hinterlassen hat, können sich diese Erfolge mehr als sehen lassen.

Unser Ziel ist es, durch Bildung den persönlichen und gesellschaftlichen Wohlstand für alle Menschen zu sichern. Der Weg dazu lautet „**Aufstieg durch Bildung**“. Wichtig ist dabei nicht die quantitative Statistik, wichtig ist die Entwicklung, der Erfolg des einzelnen Menschen. Jedes Talent muss zur Geltung kommen, muss gleich viel Wert sein. Ein praktisch begabter Schüler, der den Hauptschulabschluss erreicht und einen Beruf erlernt, ein Schüler einer Förderschule, der dort einen Abschluss erlangt, ist in seinen Leistungen genauso aner kennenswert wie ein Einserabiturient. Sie alle haben aus ihren Möglichkeiten das Beste gemacht. Das ist im Übrigen auch der Grund dafür, weshalb das Ministerium seit diesem Jahr mit einer Bestenfeier die individuellen Leistungen der besten Schülerinnen und Schüler aller Schulen besonders würdigt.

Was nicht hinnehmbar ist, was uns nicht ruhen lassen darf, ist die Tatsache, dass bundesweit Kinder und Jugendliche wegen ihrer Herkunft unter ihren Möglichkeiten bleiben.

Dabei wissen wir, dass Politik Lebenserfolg nicht garantieren kann und auch nicht den Eindruck erwecken soll, sie könnte es. Die Verantwortung des Einzelnen für sein Leben wollen und können wir nicht übernehmen. Politik muss Chancengleichheit beim Start, nicht Gleichheit im Ergebnis gewährleisten.

Mit der heutigen Regierungserklärung wird ein Handlungspaket vorgelegt, das an diesem Ziel orientiert ist und das nach den Prinzipien von Eigenverantwortlichkeit, Wahlfreiheit und Machbarkeit die bisher ergriffenen Maßnahmen fortentwickelt.

Schule als Lebens- und Lernort

Die Schule ist nicht nur ein Ort zum Lernen. Sie ist integraler Bestandteil ihrer Umwelt. Die Situationen der Familien, das soziale Umfeld, gesellschaftliche Veränderungsprozesse spielen eine immer größer werdende Rolle bei der Planung und Gestaltung von Schule. Die Saarländische Landesregierung strebt deshalb eine integrierte und mit den Schulträgern vor Ort abgestimmte Schulentwicklungsplanung an. In eine solche Planung gehört neben der Erhebung des Status Quo, die Erstellung von Prognosezahlen, die Frage der Investitionen, der Infrastrukturentwicklung und der Zusammenarbeit im sozialen Nahraum. Die Landesregierung wird mit den kommunalen Spitzenverbänden in einen intensiven Dialog treten, wie eine solche Planung etabliert werden kann. Schon im Vorgriff auf künftige Regelungen werden wir das Schulordnungsgesetz dahingehend ändern, dass in Zukunft Entscheidungen über Errichtungen oder Schließungen von Schulen nur noch im Einvernehmen mit den Schulträgern möglich sind. Damit folgen wir einem Wunsch der kommunalen Seite.

Unverzichtbarer Bestandteil unserer Schullandschaft sind die **Privatschulen**. Wir bekennen uns ausdrücklich zu Privatschulen, weil sie Ausdruck von Vielfalt sind und durch sie die Wahlfreiheit der Eltern geachtet wird. Die Gründung von Privatschulen ist verfassungsmäßig geschützt und in allen Ländern gesetzlich normiert. Das Saarland hat dabei allerdings was die finanzielle Unterstützung der privaten Schulen betrifft ein im Vergleich der Bundesländer einzigartig großzügiges Privatschulgesetz. So sind wir das einzige Bundesland, in dem die staatliche Privatschulfinanzierung uneingeschränkt schon mit der Genehmigung einsetzt. Dies ist im bundesweiten Vergleich nicht zu rechtfertigen. Die Landesregierung wird deshalb das bestehende Privatschulgesetz an die Regelungen der anderen Länder anpassen und zudem für die privaten Schulen qualitätssichernde Maßnahmen durchführen. In Zukunft soll die staatliche Finanzhilfe der Personal- und Sachkosten mit der Anerkennung der Schule, also in der Regel nach drei Jahren, die staatliche Finanzhilfe bezüglich der Investitionskosten in der Regel nach fünf Jahren erfolgen. Im Falle einer Entwidmung der Schule müssen die Investitionskostenzuschüsse rückerstattet werden. Bei den Schulleiterinnen und Schulleitern werden wir das Erfordernis der persönlichen Zuverlässigkeit durch das der umfassenden Eignung ersetzen. Darüber hinaus wollen wir, dass auch die Privatschulen an den länderübergreifenden

Vergleichsarbeiten teilnehmen. Damit haben die Eltern bei ihrer Schulwahl objektive Vergleichsmöglichkeiten.

Für viele Eltern ist es heute schwer, ihre familiären und beruflichen Verpflichtungen miteinander in Einklang zu bringen. Deshalb brauchen wir ein breites Netz an Infrastruktur. Aber auch hier gilt der Grundsatz der Wahlfreiheit. Dem Leitgedanken „freiwillig, flächendeckend und flexibel“ folgend, hat das Saarland im Rahmen des Programms „Freiwillige Ganztagschule“ (FGTS) das dichteste Angebot aller westlichen Bundesländer aufgebaut. Die Zahl der Schulen mit ganztägigem Bildungs- und Betreuungsangebot im Rahmen der FGTS hat sich seit der Einführung im Schuljahr 2002/2003 vervielfacht. Der Deckungsgrad liegt im Landesdurchschnitt bei 85 Prozent. Heuten bieten wir je nach Wunsch der Eltern neben der klassischen Nachmittagsbetreuung Ganztagsklassen und Kooperationen zwischen Hort und Schule an. Diese Angebote gewährleisten eine Betreuung bis in den späten Nachmittag und in den Ferien.

Zur Qualitätssicherung und konzeptionellen Weiterentwicklung wurde in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung eine Serviceagentur „Ganztägig lernen“ eingerichtet. Für die notwendigen baulichen Veränderungen hat das Land über das IZBB-Programm des Bundes hinaus ein eigenes zusätzliches Programm mit 4,2 Mio. Euro aufgelegt.

Im Rahmen des neuen Förderprogramms „Freiwillige Ganztagschulen plus“ ist neben verbindlich vorgegebenen Qualitätsstandards auch erstmals landesweit ein Höchstbetrag für den Elternbeitrag eingeführt worden. So darf der Elternbeitrag ab dem Schuljahr 2008/2009 maximal 60 Euro pro Monat betragen. Ab dem Schuljahr 2009/2010 sind es mit Ausnahme des Kooperationsmodells „Schule – Jugendhilfe“ höchstens 40 Euro pro Monat. Für das Kooperationsmodell „Schule – Jugendhilfe“ darf generell der Monatsbeitrag von 60 Euro nicht überschritten werden. Die Hortbeiträge liegen zurzeit im Landesdurchschnitt bei 110 Euro pro Monat – dies ist fast das Doppelte des FGTS-Elternbeitrags bei annähernd ähnlichen Qualitätsstandards im Hinblick auf die Personalisierung. Das Programm „FGTS plus“ wird vom Land in diesem Jahr mit 4,5 Mio. Euro gefördert. Diese Mittel werden wir bis 2010 nahezu verdreifachen.

Guter Start – beste Chancen

Heute ist unbestritten, dass Bildung vor der Schule beginnt.

Kinder sind und werden geprägt durch die familiäre Situation. Wir sehen, dass nicht mehr alle Eltern selbstverständlich ihren Familienaufgaben gewachsen sind. Diese Eltern wollen wir begleiten und unterstützen, weil so ein guter Start von Anfang an für alle Kinder gewährleistet ist. Deshalb hat das Saarland die bewährten Programme zur Erziehungsunterstützung und -beratung ausgedehnt. Mit dem Landesprogramm „**Frühe Hilfen**“ wird eine durchgehende professionelle, medizinische, psychologische und soziale Beratung während und nach der Schwangerschaft angeboten. Verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen werden durch ein Netzwerk von Familienhebammen ergänzt, die in jedem Kreis bzw. im Regionalverband Saarbrücken koordiniert werden. Das Land finanziert diese Maßnahmen bis Ende 2010 mit 800.000 Euro pro Jahr, danach sollen diese Maßnahmen zum Regelangebot der Gemeindeverbände werden.

Daneben bedarf es einer qualitativ gut ausgebauten Infrastruktur an **Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder**.

1999 gab es im Saarland 636 Krippenplätze. Heute sind es rund 2.500, also fast viermal soviel wie zum Beginn unserer Regierungszeit. Hinzu kommt das Betreuungsangebot durch Tagespflegepersonen.

Im Vergleich mit allen anderen westlichen Flächenländern haben die Eltern im Saarland das umfangreichste Betreuungsangebot für kleine Kinder. Wir wollen im Rahmen der Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bis 2013 allen Eltern, die eine Betreuung wünschen, einen Krippenplatz bzw. einen Platz bei einer qualifizierten Tagespflegeperson anbieten. Die Fachleute gehen davon aus, dass dafür die Zahl der Betreuungsplätze zu verdreifachen ist. Das setzt eine gewaltige finanzielle Anstrengung bei Investitionen und Betriebskosten voraus. Im Rahmen dieser Anstrengungen wird die Landesregierung den Anteil der Träger an den Personalkosten aller Kindertageseinrichtungen auf einheitlich 10 Prozent reduzieren. Für Krippen, Horte und Kindergärten der Kommunen ist das eine Reduzierung um

ein Drittel, bei den Kindergärten in freier Trägerschaft um fast ein Viertel. Das Land wird im Gegenzug seinen Anteil schrittweise von 19 Prozent auf 25 Prozent erhöhen. Hierfür wurden im laufenden Haushalt 42,5 Mio. Euro angesetzt. Diese erhöhen wir 2009 noch einmal um 3,5 Mio. auf fast 46 Mio. Euro.

Die Erwartungen an den **Kindergarten** haben sich entscheidend verändert. Eltern wünschen sich heute Hilfe bei der Erziehung, früher einsetzendes kindgerechtes Lernen, flexiblere Öffnungszeiten und längere Betreuung sowie Beratung.

Deshalb haben wir einen besonderen Wert auf den Ausbau der Zahl der Ganztagsplätze gelegt. 1999 starteten wir mit rund 3050 Ganztagsplätzen. Heute haben wir rund 5680. Das sind 86 Prozent mehr - eine wesentliche Verbesserung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir waren im Jahr 2000 das erste Bundesland, das den Elternbeitrag für das letzte Kindergartenjahr abgeschafft hat. Damit haben wir, neben einer spürbaren Entlastung junger Familien, erreicht, dass fast alle Kinder den Kindergarten auch tatsächlich besuchen. Auch hier haben wir Maßstäbe gesetzt. Seit kurzem erst machen sich auch andere Länder unsere Idee zu Eigen.

Frühe Jahre müssen Bildungsjahre sein, um die dann weit geöffneten Lern- und Entwicklungsfenster der Kinder besser zu nutzen, und vor allem auch, um Nachteile für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern zu vermeiden. Während andere - auch die saarländischen Sozialdemokraten - den Kindergarten vor allem unter dem Betreuungsaspekt gesehen haben, haben wir 1999 den Bildungsaspekt in den Vordergrund gestellt und mit der Verlagerung der Zuständigkeit in das Bildungsministerium ein klares Zeichen gesetzt. Die Kindergärten arbeiten auf der Grundlage unseres mit allen Trägern abgestimmten und gesetzlich verankerten Bildungsprogramms. Das Bildungsprogramm wird ergänzt durch „Handreichungen für die Praxis“ und gibt damit eine klare Orientierung für alle Kindergärten und alle Träger von Kindertageseinrichtungen. Als weiteren Schritt zur Implementierung gehört die Einführung des „Portfolio im Kindergarten – Ein Entwicklungstagebuch“ im letzten Herbst. Diese Dokumentation ist ein wichtiger Baustein für die regelmäßige Elternbeteiligung und den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Zur Gestaltung des Übergangs gehören unter anderem eine kontinuierliche gegenseitige Information über die Bildungsinhalte, Methoden und Konzepte in beiden Institutionen, gegenseitige Hospitationen, gemeinsame Informationsveranstaltungen für die

Erziehungsberechtigten, Besprechungen zur Gestaltung des Übergangs in die Grundschule sowie entsprechende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Deshalb haben wir diesen Bereich im Saarländischen Kinderbetreuungs- und -bildungsgesetz (SKBBG), dem Schulordnungsgesetz und den entsprechenden Verordnungen geregelt.

Von entscheidender Bedeutung für einen guten Kindergarten ist der Einsatz gut ausgebildeter Fachkräfte. Wir haben deshalb gesetzlich festgelegt, dass zukünftig nur noch eine Kindertagespflegerin neben drei Erzieherinnen zum Einsatz kommen darf. Auch die Erzieherinnenausbildung haben wir reformiert. Sie wurde aufgewertet und schließt die Fachhochschulreife ein.

Die Arbeit mit Kindern soll auch in Zukunft in den Händen hochqualifizierter Führungskräfte liegen. Deshalb haben wir an der Hochschule für Technik und Wirtschaft den neuen Studiengang „Soziale Arbeit und Pädagogik der Kindheit“ eingerichtet. Hier werden Fachkräfte für die vorschulische Bildungs- und Erziehungsarbeit und für die Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule auf Hochschulniveau qualifiziert.

Im Saarländischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (SKBBG) ist ausdrücklich festgehalten, dass in Zukunft Fachkräfte mit einer entsprechenden akademischen Aus- oder Weiterbildung die Einrichtungen leiten werden.

Der 2008 veröffentlichte „Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2008“ der Bertelsmannstiftung zeigt, dass das Saarland in Bezug auf frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) in vielen Bereichen Spitzenplätze belegt:

1. Höchster Anteil (94,2 Prozent) der Drei- bis Sechsjährigen in Angeboten der FBBE (4 Prozentpunkte über Bundesdurchschnitt),
2. Quote der Teilhabe an Angeboten der FBBE bei Zweijährigen auf 25,9 Prozent gestiegen (2006-2007) (6 Prozentpunkte über westdeutschem Durchschnitt, 4 Prozentpunkte unter Bundesdurchschnitt),
3. überdurchschnittlicher Anteil der Dreijährigen (89,6 Prozent) in Angeboten der FBBE (mehr als 9 Prozentpunkte über Bundesdurchschnitt),
4. 39 Prozent Ganztagsbetreuung bei unter Dreijährigen (5 Prozentpunkte über westdeutschem Durchschnitt),

5. 2001-2005 sind die Bildungsausgaben für unter Zehnjährige kontinuierlich gestiegen (trotz Haushaltsnotlage): 3,2 Prozent (westdeutscher Durchschnitt 3,3 Prozent) an reinen Ausgaben des öffentlichen Haushalts,
6. Anteil der Vollzeitbeschäftigten liegt mit 44,6 Prozent (5 Prozentpunkte über Bundesdurchschnitt),
7. Personalschlüssel bei unter Dreijährigen: Zweitbester im Bundesländervergleich
8. Personalschlüssel für über Dreijährige liegt im Spitzenfeld.

Auch dies Belege für eine erfolgreiche Arbeit.

Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg. Wer andere nicht versteht, hat von vornherein geringere Chancen. Er kann dem Unterricht nicht folgen und seine Potentiale nicht ausschöpfen. Deshalb ist es für alle Kinder - insbesondere für die mit Migrationshintergrund - von entscheidender Bedeutung, so früh wie möglich Deutsch zu lernen.

Gerade in der Zeit vor der Schule muss dem Spracherwerb größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Unser Grundsatz lautet: Je früher man beginnt, desto einfacher lernt man eine Sprache, desto größer die Chance auf eine erfolgreiche schulische Bildung.

Bis 1999 gab es kaum Initiativen, die Deutschkenntnisse ausländischer Kinder schon vor der Einschulung systematisch zu verbessern, obwohl in den neunziger Jahren besonders viele Migrantinnen und Migranten ins Saarland gekommen sind. Nach dem Regierungswechsel hat sich dies geändert. Die Landesregierung hat – beginnend an Schulen mit besonders vielen ausländischen Kindern – das Programm „Früh Deutsch lernen“ eingesetzt und die Zahl der Angebote kontinuierlich erhöht.

Sofern bei einer Sprachstandsbeobachtung Defizite festgestellt werden, werden diese Kinder schon ein halbes Jahr vor der Einschulung gezielt sprachlich gefördert. Nur wer danach genügend Deutsch kann, wird eingeschult. Die Sprachförderlehrerinnen und Sprachförderlehrer setzen ihre besondere Förderung auch noch in der Grundschule begleitend fort.

Im vergangenen Schuljahr waren an 50 Grundschulen Kurse eingerichtet. In die Verbesserung der Integration und Chancengleichheit investieren wir schon heute 2,2 Mio. Euro pro Jahr (2007). Im laufenden Schuljahr wird die Zahl wiederum auf 100

erhöht. Die Vorkurse beginnen Anfang 2009. Unser Ziel ist es, das jetzt schon flächendeckende Netz noch zu verdichten.

Neben „Früh Deutsch lernen“ sind „SIGNAL“ und die Sommerschule „Migrantenkinder lernen in den Ferien Deutsch“ weitere Beispiele für staatliche Sprachförderung und soziale Integration. Auch hier haben wir unsere Anstrengungen verstärkt. Im Projekt SIGNAL sind inzwischen 20 Grundschulen und 100 Kindertagesstätten einbezogen und auch die Sommerschule konnte nach der überaus positiven Resonanz des letzten Jahres in diesem Sommer auf fünf Standorte ausgedehnt werden. Auch hier wird sich die Landesregierung weiter engagieren.

Die **Grundschule** ist und bleibt die wichtigste Schule. Hier wird ein Grundstein gelegt für den weiteren Werdegang und auch für den späteren beruflichen Erfolg unserer Kinder.

Nach 1999 mussten gravierende Fehler der Vorgängerregierung korrigiert werden. So war zum Beispiel in unverantwortlicher Weise die Stundenzahl von ursprünglich 96 auf ganze 89 Jahreswochenstunden gekürzt worden. Unsere Grundschüler hatten damit praktisch ein halbes Jahr weniger Unterricht in der Grundschule als z.B. die Kinder in Bayern. Diese Korrekturen und Verbesserungen für alle Kinder konnten jedoch nur ermöglicht werden, weil wir eine vernünftige und zukunftsweisende Antwort auf die stark zurückgehenden Schülerzahlen gegeben haben. Wurden 1997 noch über 12.200 Kinder eingeschult, so sind es in diesem Jahr gerade noch 8.200. Das ist ein Rückgang um rund ein Drittel, der sich fortsetzen wird und der die Grundschulstrukturreform notwendig gemacht hat.

Die Reform wurde mit Augenmaß umgesetzt: Die Vergrößerung von Klassen und Verlängerung von Schulwegen sind vertretbar und zumutbar.

Lag die durchschnittliche Klassengröße im Schuljahr 1998/99 bei 21,5 Kindern, so lag sie im vergangenen Schuljahr trotz Reform bei 21,4. Damit nehmen wir den 3. Platz unter den westlichen Flächenländern ein. Im Schuljahr 2007/08 waren von 1637 Grundschulklassen saarlandweit in 646 Klassen max. 20 Kinder, in 791 Klassen zwischen 20 und 25 Kindern und in 200 Klassen lag die Zahl zwischen 26 und 30 Kindern – dies entspricht gerade mal 12 Prozent aller Klassen.

Dort, wo wir ab diesem Schuljahr erste Klassen mit mehr als 27 Kindern haben, werden zusätzliche Lehrerstunden zugewiesen, um in den Hauptfächern besonders kleine Lerngruppen bilden zu können. Zehn Stellen hat das Land allein für das Schuljahr 2008/2009 zur Verfügung gestellt.

Wir haben insbesondere die Stundenzahl wieder Schritt für Schritt ausgeweitet. Heute liegen wir fast gleichauf mit Bayern und damit in der Spitzengruppe aller Bundesländer. Unsere Grundschüler haben damit wieder mehr Zeit zum Lernen. In den ersten beiden Schuljahren gibt es für alle täglich eine Förderstunde. Mit Beginn des Schuljahres 2008/09 ist geregelt, dass davon je eine im sportlichen und musischen Bereich eingesetzt werden soll. Ein bundesweit vorbildliches Förderkonzept.

Individuelle Förderung – Beste Chancen

Für die Schülerinnen und Schüler, die einer besonderen Förderung bedürfen, gibt es im Saarland ein differenziertes Angebot aus Förderschulen und integrativem Unterricht.

Landesweit haben wir an der Förderschule „Lernen“ ein freiwilliges zehntes Schuljahr eingerichtet. Seit Einrichtung dieses attraktiven Bildungsangebotes zu Beginn des Schuljahres 2001/02 konnten 592 Schülerinnen und Schüler der Förderschule „Lernen“ auf direktem Wege zum Hauptschulabschluss geführt werden. Ihre Berufschancen haben sich dadurch deutlich verbessert.

Seit Beginn des Schuljahres 2008/09 wird Englisch als Wahlpflichtfach ab Klassenstufe 7 in allen Förderschulen „Lernen“ angeboten. Damit haben die Absolventinnen und Absolventen des freiwilligen 10. Schuljahres an der Förderschule „Lernen“ die Möglichkeit zum Besuch der zweijährigen Berufsfachschulen (Handelsschule, Gewerbeschule oder Sozialpflegeschule).

In integrativen Sprachförderklassen an Grundschulen werden Schülerinnen und Schüler mit anerkanntem sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich der Sprache während der ersten beiden Schuljahre nach dem Lehrplan der Grundschule unterrichtet und sprachheilpädagogisch gefördert. Zum Schuljahr 2008/09 wurden zu den bereits bestehenden zehn Sprachförderklassen weitere drei

Sprachförderklassen in den Landkreisen St. Wendel, Neunkirchen und dem Saarpfalz-Kreis eingerichtet. Dies ist ein wichtiger Schritt in der integrativen Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen im Bereich der Sprache.

Was die schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen mit autistischem Verhalten angeht, so richten wir im Saarland ein Netz von Beratungsschulen ein. Leitziel allen pädagogischen Handelns ist dabei: Allen Kindern und Jugendlichen mit autistischem Verhalten die Schulabschlüsse zu ermöglichen, die ihrer individuellen Leistungsfähigkeit entsprechen.

Die über das ganze Land verteilten vorgesehenen Beratungsschulen werden mit der Autismusbeauftragten zusammen arbeiten. Jede Schulform der allgemein bildenden Schulen ist vertreten: Grundschulen, Förderschulen, Erweiterte Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien. An den Beratungsschulen steht hierfür eine zuständige Lehrkraft als Ansprechpartner für Anfragen von außen zur Verfügung.

Auf den Schüler kommt es an - Bildungswege durchlässig gestalten

Menschen sind unterschiedlich. Sie haben unterschiedliche Stärken und Schwächen, lernen und entwickeln sich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Deshalb gibt und darf es auch nicht die eine „Einheitsschule“ geben, in der alle über einen Kamm geschert und in ein Schema gepresst werden. Deshalb brauchen wir ein maßgeschneidertes, differenziertes Bildungsangebot, das allen Kindern die Möglichkeit eröffnet, das Beste erreichen zu können. Dieses System existiert im Saarland. Schülerinnen und Schüler können über das Gymnasium oder über die Erweiterte Realschule, die Gesamtschule oder das berufliche Bildungssystem zum Abitur kommen.

Dabei erreichen sie das Abitur im Gymnasium so schnell wie Schülerinnen und Schüler im europäischen Ausland und vielfach schneller, als die Abiturienten in anderen Bundesländern. Denn neben den ostdeutschen Bundesländern hat das Saarland als erstes westliches Bundesland auf die Herausforderung der langen Ausbildungszeiten reagiert.

Nach sorgfältiger Vorarbeit wurde im Jahr 2001 der erste G8-Jahrgang in die Klassenstufe 5 der Gymnasien aufgenommen. Wir haben im Saarland und das

unterscheidet uns von manch anderem Bundesland Studentafel, Stoffverteilung und Lehrpläne aller Fächer der Gymnasien grundlegend überarbeitet. Zwei eingesetzte Kommissionen unter Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrern, Verbänden, Wirtschaft sowie Sachverständige der Universität des Saarlandes und aus anderen Ländern waren beteiligt. Bis heute ist das System so angelegt, dass Verbesserungsvorschläge nach dem ersten Durchlauf ans Ministerium herangetragen und dort bei der Überarbeitung berücksichtigt werden.

Mit Herrn Professor Köller und seinem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen an der HU-Berlin ist es uns gelungen, einen ausgewiesenen Fachmann dafür zu gewinnen, unsere Lehrpläne und den Prozess ihrer Erstellung und Umsetzung zu evaluieren. Die Arbeiten laufen derzeit. Auf der Grundlage dieser Expertise werden wir uns über möglicherweise notwendige Änderungen und Verbesserungen zu unterhalten haben. Aber wir tun dies dann auf einer soliden Basis und nicht im populistischen Gezeter. Darüber hinaus ist es uns gelungen, in der Kultusministerkonferenz eine Flexibilisierung der verbindlichen Stundenvorgaben zu erreichen. Bisher hat das Ministerium keine festen Vorgaben über die Unterrichtsgestaltung gemacht. Wir haben darauf gesetzt und setzen weiter darauf, dass die Schulen in ihrer Gesamtkonferenz unter Einbeziehung aller relevanten Gruppen dies selbst entscheiden. Aber selbstverständlich befinden wir uns in einem intensiven Meinungsaustausch mit den Praktikern vor Ort, wie der neu gewonnene Spielraum an unseren Schulen genutzt werden kann. Die Überlegungen werden wir den Schulen als Anregungen für die weiter in eigener Verantwortung zu treffenden organisatorischen Entscheidungen an die Hand geben. Darüber hinaus gibt es nicht nur flächendeckend ganztägige Betreuungs- und Bildungsangebote im Rahmen der FGTS, sondern innerhalb von „FGTS-plus“ ab dem kommenden Schuljahr an allen Gymnasien die Möglichkeit, Ganztagsklassen einzurichten. Dann haben die Eltern die Wahlfreiheit. Und zu dieser Wahlfreiheit stehen wir. Eine Zwangsganztagschule lehnen wir strikt ab.

Der erste G8-Jahrgang in einem westlichen Bundesland wird im Saarland im Jahr 2009 gemeinsam mit dem letzten G9-Jahrgang Abitur machen. Und der Notenvergleich zwischen G8 und G9 lässt erwarten, dass die jungen Leute so gut abschneiden, wie der parallele G9-Jahrgang oder die Jahrgänge vor ihnen. Befürchtungen um dramatische Leistungseinbrüche, die ja auch die Opposition in diesem Haus geäußert hat, haben sich nicht bestätigt. Dies belegt auch die

Tatsache, dass die Zahl der Wechsler beim achtjährigen Gymnasium nicht höher liegt als beim neunjährigen. Ich sage an dieser Stelle deutlich, dass es unser Ziel ist, die Zahl generell zu senken. Daran werden wir weiter arbeiten.

Allerdings werden diese ersten G-8-Schüler und alle weiteren Jahrgänge ein Jahr gewonnen haben. Sie beginnen ihr Studium früher bzw. treten früher in die Berufsausbildung und ins Berufsleben ein und verbessern damit ihre Chancen im europäischen und internationalen Wettbewerb. Und selbstverständlich wird Vorsorge getroffen bezüglich der zu erwartenden steigenden Zahl von Studieninteressenten. Die Landesregierung und alle Hochschulen freuen sich auf steigende Studienanfängerzahlen. Hierfür wurden mit dem Hochschulpakt und in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen bereits die Weichen gestellt. Auch für diejenigen, die eine berufliche Ausbildung anstreben wird Vorsorge getroffen, denn wir brauchen mehr gut qualifizierte Bürgerinnen und Bürger, egal ob durch berufliche oder akademische Ausbildung.

Das Gymnasium im Saarland ist eine qualitativ hochwertige und nachgefragte Schulform. Die Übergangszahlen sind so hoch wie nie in Zeiten von G9. Das zeugt von der hohen Akzeptanz der Schulform Gymnasium auch nach der Schulzeitverkürzung. Diese Akzeptanz ist Verpflichtung: Wir bekennen uns nachdrücklich zum Gymnasium. Es wird mit uns keine Abschaffung des Gymnasiums geben und keine Zwangsvereinigung mit anderen Schulformen.

Das Gymnasium ist einer, nicht der einzige Weg zum Abitur. Es gab und gibt dazu Alternativen über die Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und beruflichen Schulen. Um neben den Gesamtschulen auch an den Erweiterten Realschulen begabte Schülerinnen und Schüler besser auf den Übergang in die gymnasiale Oberstufe vorzubereiten, wurden zunächst im Landkreis Neunkirchen A(bitur)-Kurse eingerichtet. Diese Perspektive haben ab diesem Schuljahr alle Erweiterten Realschulen des Landes. Für begabte und leistungswillige Schülerinnen und Schüler wird der Unterricht in der Klasse 10 in Deutsch, Mathematik, der Fremdsprache und in Physik und Chemie in äußerer Fachleistungsdifferenzierung erteilt. Der Unterricht in diesen Fächern berücksichtigt dabei die Lehrpläne von G 8. Für die Lehrkräfte gibt

es eine entwicklungsbegleitende Fortbildung - eine Investition des Landes in einer Größenordnung von rund 25 Stellen.

Ebenso ist die Durchlässigkeit zwischen Hauptschulzweig und Realschulzweig verbessert worden, um diese Schülerinnen und Schüler genau so gut zu stellen wie die Gesamtschüler. Unterstützt wird die höhere Durchlässigkeit durch zusätzliche Fördermaßnahmen – eine weitere Investition im Umfang von über zehn Stellen.

Ein weiterer Akzent zur Erhöhung der Durchlässigkeit in unserem Bildungswesen und zur Verbesserung der Chancen für die jungen Menschen ist der deutliche Ausbau der beruflichen Gymnasien in den vergangenen Jahren. Über die beruflichen Gymnasien können Schülerinnen und Schüler, die nach der Grundschule nicht unmittelbar zum Gymnasium gewechselt sind, ihr Abitur machen und alle Fächer studieren.

Gab es 1999 lediglich vier Oberstufengymnasien, wurde deren Zahl verdoppelt. Das Ziel von mindestens einem beruflichen Gymnasium in jedem Landkreis ist mittlerweile erreicht.

Diese schon vorhandenen Wege wollen wir für alle Schülerinnen und Schüler und deren Eltern deutlicher und einfacher machen und eine durchgängige Struktur im gesamten Saarland schaffen.

Dazu schaffen wir ein Schulverbundsystem, das:

- die vorhandenen Strukturen nutzt und miteinander vernetzt. Neue Strukturen sollen nur dort aufgebaut werden, wo dies unumgänglich ist.
- sich im durch die Verfassungsänderung im Jahr 1996 geschaffenen Rahmen bewegt. Insbesondere ist die Garantie für bestehende Schulen zu beachten.
- die sich abzeichnende demografische Entwicklung mit ins Auge fasst. Insbesondere sollen bestehende grundständige Gymnasien und berufliche Gymnasien nicht gefährdet werden.
- als zentrales Leitprinzip die freiwillige Kooperation zwischen bestehenden Einrichtungen umsetzt.

Die vorgesehene Organisationsänderung ist auf der Grundlage der geltenden Gesetze (Schulordnungsgesetz, Lehrerbildungsgesetz) möglich. Die Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen werden in Zukunft – soweit noch keine Kooperation besteht – mit benachbarten gymnasialen Oberstufen an Gymnasien oder Gesamtschulen Kooperationsvereinbarungen treffen. Die Kooperation berücksichtigt

weitmöglichst die Sprachenfolge, beinhaltet einen schulübergreifenden Lehrereinsatz und das Erstellen gemeinsamer pädagogischer Konzepte und Veranstaltungen. Bei ausreichenden Schülerzahlen und dem Vorhandensein der notwendigen personellen und sächlichen Voraussetzungen können die Klassen der Eingangsphase an den jeweiligen Schulen der Sekundarstufe I unterrichtet werden.

Die Kooperation kann in zwei Varianten erfolgen:

Variante 1:

Die Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen kooperieren mit allgemeinbildenden Gymnasien oder einer Gesamtschule mit Oberstufe.

Mit der Umsetzung der Kooperation wird ein neu zu bestellender Oberstufenkoordinator (Funktionsstelle A14) beauftragt. Stammschule des Oberstufenkoordinators ist eine der kooperierenden Pflichtschulen. Er wird aber mit dem Gros seiner Stunden in der Oberstufe eingesetzt und kann damit Ansprechpartner für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe im Sinne eines Beratungs- und Vertrauenslehrers vor Ort sein. Ansonsten sollte er in den Abitur-Gruppen (ERS) bzw. Aufbau-Klassen (GeS) der Pflichtschulen bevorzugt eingesetzt werden.

Variante 2:

Die Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen kooperieren mit einem Oberstufengymnasium. Die bisherigen „gymnasialen Oberstufen mit berufsbezogenen Fachrichtungen an öffentlichen Berufsbildungszentren“ kurz Berufliche Gymnasien genannt, werden zu eigenständigen Schulen. Sie verbleiben räumlich in den Berufsbildungszentren (BBZ) und behalten ihre Ausrichtungen an speziellen beruflichen Profilen bei. Sie ermöglichen den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife.

Die neuen Schulen erhalten eine eigenständige Schulleitung, die auch in den zuführenden Schulen der Sekundarstufe I Unterricht erteilen (Abitur-Gruppen an ERS, Aufbau-Kurse an GeS).

Der Lehrereinsatz erfolgt im Rahmen der Kooperation. Die bei den eigenen Lehrern des Oberstufengymnasiums bzw. in den Kooperationsschulen nicht vorhandenen Fächer werden durch stundenweise Zuweisung von Lehrerstunden aus dem BBZ

bereitgestellt. Umgekehrt werden dem BBZ die Lehrerstunden des Oberstufengymnasiums, die dort nicht gebraucht werden, zur Verfügung gestellt. Der Lehrereinsatz erfolgt zwischen gleichberechtigten Partnern im Einvernehmen. Die bisherigen Standorte bleiben erhalten. In Saarlouis wird das Land auf Antrag des Kreises ein zusätzliches Oberstufengymnasium mit der Fachrichtung Wirtschaft, Gesundheit und Soziales errichtet. In Homburg werden wir mit Kreis und Stadt in Verhandlungen über die mögliche Errichtung eines neuen Oberstufengymnasiums treten.

Unser Ziel ist es, das Verbundsystem zum kommenden Schuljahr flächendeckend zu installieren. Wir wollen aber, dass die Eltern rechtzeitig wissen, welche Schule welchem Schulverbund angehört. In den nächsten Wochen werden wir daher in internen Workshops und Fortbildungsveranstaltungen die inhaltliche und organisatorische Gestaltung festlegen. Im Anschluss daran wird bis zum Ende des Jahres in Regionalkonferenzen mit den beteiligten Schulen, den Schulträgern und dem Ministerium die räumliche Zuordnung festgelegt. Dazu wird das Ministerium einen Vorschlag unterbreiten. Die Entscheidung erfolgt im Einvernehmen aller beteiligten Partner.

Mit diesem Verbundsystem hat in Zukunft jede Schülerin und jeder Schüler im Saarland die Möglichkeit, an der Schule seines Verbundes das Abitur machen zu können, sei es in acht oder neun Jahren.

Jede Begabung zählt – für ein qualitativ hochwertiges Berufsschulsystem

Ein Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit eines Landes ist die berufliche Bildung. Im Schuljahr 2007/2008 besuchten rd. 37.000 junge Menschen die Berufsbildungszentren im Saarland. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Auch im laufenden Schuljahr muss von einem weiteren Anstieg ausgegangen werden.

Nach der Regierungsübernahme im Jahr 1999 wurde das Angebot an Fachoberschulen und Beruflichen Gymnasien konsequent ausgebaut. Wie die Schülerzahlen zeigen, eröffnen sie gerade auch Jugendlichen aus bildungsfernen

Familien und mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, die allgemeine Hochschulreife zu erwerben.

Auch in Zukunft gilt als Qualitätsmerkmal der saarländischen Bildungspolitik, dass kein Abschluss ohne Anschluss bleiben darf. Die Angebote der beruflichen Schulen zum Erwerb von Hochschulzugangsberechtigungen stellen entscheidende Bindeglieder für die Durchlässigkeit des Bildungssystems und damit zur Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg dar.

Mit der Verortung der Oberstufengymnasien und den entsprechenden beruflichen Fachrichtungen an den Berufsbildungszentren wird darüber hinaus

der bildungsseitige Unterbau der wirtschaftsstrukturellen Veränderungen geschaffen, durch die Nähe zur Wirtschaft sehr schnell auf innovative Bildungsinhalte reagiert, der besonderen Interessenlage einer zunehmend größer werdenden Zahl junger Menschen in unserem Lande entsprochen, durch die organisatorische und personelle Vernetzung mit den übrigen Bildungsangeboten eine hohe pädagogische und fachliche Qualität bei Nutzung von Synergieeffekten erreicht.

Die saarländische Landesregierung wird diesen Weg auch in Zukunft bedarfsorientiert weiter gehen. Insbesondere wird sich das Saarland auf dem bevorstehenden Qualifizierungsgipfel von Ländern und Bund dafür einsetzen, dass beruflich qualifizierte Kräfte einen erleichterten Zugang zu einem Hochschulstudium erhalten.

Berufliche Schulen spielen aber nicht nur eine wesentliche Rolle im bildungspolitischen „Oberhaus“. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag, wenn es darum geht, dass alle jungen Menschen zu einem Schulabschluss geführt werden und der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf auch für benachteiligte und eher praktisch begabte Jugendliche gelingen soll.

Wir haben schon viel erreicht. Dennoch ist uns die Zahl der Jugendlichen, die die Schule abbrechen und deshalb auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geringe Chancen haben, noch immer viel zu hoch.

Jede Schülerin und jeder Schüler im Saarland soll die Chance auf einen Abschluss erhalten. Wir wollen niemanden zurücklassen und jeden Einzelnen stärken.

Das ist das Ziel der Initiative "Du schaffst das!", mit rund 6 Mio. Euro auf drei Jahre gemeinsam finanziert von der Bundesagentur für Arbeit und der Landesregierung. Sie enthält zwei Teilprojekte, den Modellversuch "Werkstatt-Schule" im berufsbildenden Bereich und den Modellversuch "Reformklassen" in den allgemeinbildenden Schulen. In den beiden Teilprojekten findet eine besonders intensive Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit/Regionaldirektion Saarland-Rheinland-Pfalz und dem Kultusministerium im Bereich der vertieften Berufsorientierung statt.

In die "Werkstatt-Schule" an einem Berufsbildungszentrum wechseln Schülerinnen und Schüler aus Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen bereits nach acht Schulpflichtjahren, wenn dort unter normalen Umständen ein erfolgreicher Schulabschluss nicht mehr möglich ist. Individuelle Förderung, verstärkte Praxisorientierung, ergänzende sozialpädagogische Betreuung, Maßnahmen zur Persönlichkeitsstabilisierung und Steigerung der sozialen Kompetenzen, der Erwerb des Hauptschulabschlusses sowie die Heranführung an die Berufs- und Arbeitswelt sind Schwerpunkte der "Werkstatt-Schule" und der „Reformklasse“.

Im Schuljahr 2007/2008 wurden insgesamt sechs Klassen an den Berufsbildungszentren in Homburg, Dillingen, Völklingen und Neunkirchen eingerichtet. Am Ende des ersten Durchganges wurden 59 Schülerinnen und Schüler zur Hauptschulabschlussprüfung zugelassen, 46 haben die Prüfung bestanden. Das entspricht einer Erfolgsquote von 78 Prozent. Das ist vor dem Hintergrund der ursprünglich für alle negativen Abschlussprognose ein hervorragend gutes Ergebnis. Für die jungen Menschen konnte somit der Grundstein für einen erfolgreichen Einstieg in das Arbeitsleben gelegt und die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe geschaffen werden. Bei einem großen Teil der Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss nicht erworben haben, ist es dennoch gelungen, die Persönlichkeit zu stabilisieren und die Ausbildungs- und

Berufreife so weit zu verbessern, dass im Anschluss der erfolgreiche Besuch eines Berufsgrundbildungsjahres bzw. einer Berufsgrundschule möglich wird und am Ende dieses Bildungsgangs auch der Erwerb des Hauptschulabschlusses. Auch diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.

Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung

Die Qualität der beruflichen Bildung hängt wesentlich von der Qualität der schulischen Arbeit ab. Diese zu sichern und weiter zu entwickeln ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Aus diesem Grund wurde an allen Berufsbildungszentren im Saarland ein Qualitätsmanagementsystem nach DIN ISO 9001 aufgebaut. An allen beruflichen Schulen ist damit ein QM-System vorhanden, mit dem die gesamte schulische Arbeit einschließlich des Kernbereiches „Unterricht und Erziehung“ kontinuierlich erfasst, verbessert und gesichert werden kann. Bis Ende dieses Jahres werden sich alle Berufsbildungszentren einer externen Zertifizierung durch eine unabhängige Gesellschaft gestellt haben. Flächendeckende Evaluation der beruflichen Schulen durch externe Zertifizierung findet sich derzeit ausschließlich im Saarland, das bundesweit eine Spitzenposition einnimmt. Ein besonderer Dank gilt der VSU (Vereinigung Saarländischer Unternehmensverbände), die den Aufbau des QM-Systems an beruflichen Schulen im Saarland finanziell unterstützt hat.

Es ist in den vergangenen Tagen und im letzten Plenum viel über den Zustand und die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen gesagt und geschrieben worden. Dabei wurde das Bild eines Systems gezeichnet, das nach einer Phase des blühenden Wachstums unter der Regierung Lafontaine mit dem September 1999 und der Regierungsübernahme der CDU sofort und nachhaltig zusammenbrach. Dies entspricht weder dem Zustand der Schulen in der Gegenwart, noch der historischen Wahrheit.

In der Ära Lafontaine wurden im Saarland an den beruflichen Schulen 174 Lehrerstellen eingespart, unter der Verantwortung der CDU bis heute 52 geschaffen. Erst seit dem Jahr 2000 werden alle durch Pensionierungen frei werdenden Stellen wieder besetzt. In den Jahren vor 2000 konnte unter der Verantwortung der SPD nur

jede zweite Stelle, in einer weiteren Phase nur jede dritte frei werdende Stelle wiederbesetzt werden.

Während im Jahr 1998 durchschnittlich 22,9 Schülerinnen und Schüler in der Klasse des Berufsgrundschuljahrs waren, waren es 2006 19,5. Im Berufsvorbereitungsjahr konnte die durchschnittliche Schülerfrequenz je Klasse von 15,0 in 1998 auf 13,1 in 2006 gesenkt werden. Wir geben heute je Schüler/in an den beruflichen Schulen mehr Geld aus als Bayern und haben im Vergleich der westlichen Flächenländer eine überdurchschnittliche Schüler-Lehrer-Relation noch vor Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg.

Trotzdem und das ist unbestritten haben wir zurzeit, wie im übrigen auch schon zu Zeiten der SPD-Landesregierung, einen strukturellen Unterrichtsausfall von rund 1800 Unterrichtsstunden. Dies entspricht einem Planstellenbedarf von ca. 70 Vollzeit-Lehrerstellen. Die wesentlichen Ursachen dieser Entwicklung liegen in einem starken Anstieg der Schülerzahlen im Betrachtungszeitraum (rd. 35 Prozent zwischen Schuljahr 2000/2001 und 2007/2008 im Vollzeitbereich), was nicht nur eine demografische Entwicklung ist, sondern auch Reaktion auf neue durch die CDU Landesregierung aufgebaute attraktive Bildungsangebote.

Diesen strukturellen Unterrichtsausfall werden wir im Rahmen eines Stufenplans beseitigen und gleichzeitig für die Neubedarfe, etwa durch den doppelten Abiturjahrgang, Vorsorge treffen. Zuerst werden bei Vorlage entsprechender Bewerbungen gezielt Bewerber der beruflichen Fachrichtungen (prioritär Metalltechnik, KFZ-Technik, Elektrotechnik, Informatik, Mechatronik und Wirtschaftswissenschaften) eingestellt, um die dort aktuell anfallenden strukturellen Fehlstunden zu reduzieren. Mit dem von diesen Lehrkräften eingebrachten Zweitfach werden gleichzeitig die strukturellen Fehlstunden in den allgemeinbildenden Fächern reduziert.

Vom kommenden Schuljahr bis zu Beginn des Schuljahres 2012/13 werden wir schrittweise das Berufsschulkapitel um insgesamt 110 Stellen wachsen lassen. Für das nächste Haushaltsjahr werden dies 40, in den beiden Jahren darauf je 30 und im letzten Jahr 10 Stellen sein.

Mit diesen Maßnahmen werden wir mit Blick auf die Stellenplansituation und die Bewerberlage in realistischen Schritten nachhaltig strukturellen Unterrichtsausfall beseitigen und Mehrbedarfe abdecken können.

Eltern entlasten – Qualität sichern

Zur Gestaltung eines guten Bildungsangebotes gehören auch gute **Lehr- und Lernmittel**. Sie werden, was die Ausstattung der Schulen anbelangt, in der Regel vom Schulträger zur Verfügung gestellt. Ein großer Teil dieser Materialien, etwa Schulbücher, wird im Saarland von den Eltern finanziert. Dies stellt für etliche Eltern eine nicht unerhebliche finanzielle Belastung dar.

Das Saarland hat sich in der Vergangenheit immer bemüht im Rahmen seiner Haushaltsmöglichkeiten, gezielt die Eltern, die dieser Hilfe bedurften, zu unterstützen. Deshalb haben wir einen Schulessensfond eingerichtet. So stehen seit 2007 im Saarland für die Bezuschussung von Schulessen pro Haushaltsjahr 1,2 Mio. Euro zur Verfügung, davon entfallen auf das Land $7/12 = 700.000$ Euro, die Kommunen übernehmen $5/12 = 500.000$ Euro.

Auch für den Bereich der Schulbuch- und Fahrtkostenerstattung gibt es im Saarland ein System der Hilfe nach Bedürftigkeit. Im Februar diesen Jahres hat der Landtag dieses Thema debattiert. Ich habe die damaligen Debattenbeiträge als Aufforderung angesehen, über die jetzige Unterstützung hinaus Vorschläge für eine weitere Kostentlastung der Eltern zu machen. Ein derartiges System muss die Eltern wirksam entlasten, im Verfahren handhabbar sein, die Qualität und Aktualität der Schulbücher gewährleisten und mit Blick auf die finanzielle Lage hinsichtlich der Investitionen und der Unterhaltungskosten des Landes vertretbar sein. Von den unterbreiteten Vorschlägen erscheint mir der Vorschlag eines Leihsystems für Schulbücher am zielführendsten. Damit könnten wir für alle Familien ein kostengünstiges System errichten, in dem sichergestellt ist, dass die öffentlichen Gelder auch tatsächlich den Kindern zu Gute kommen.

Ich kann deshalb heute erklären, dass die saarländische Landesregierung bereit ist, sich an einem solchen System substantiell zu beteiligen, das auf drei Säulen ruhen

muss: der Beteiligung der Eltern durch eine Leihgebühr, ein starkes finanzielles Engagement des Landes und eine Beteiligung der kommunalen Schulträger. Die Leihgebühr sollte für die Eltern zwischen 30 bis maximal 60 Euro liegen. Das wäre eine Selbstbeteiligung der Eltern von 2,50 bis max. 5 Euro im Monat. Die Landesregierung ist ihrerseits bereit, sich an den Investitionskosten, also der Anschaffung der Schulbücher, mit einem Betrag von bis zu 7 Mio. Euro zu beteiligen. Wir erwarten allerdings im Sinne einer gemeinsamen Kraftanstrengung wie etwa beim Schulessen eine entsprechende Beteiligung der kommunalen Schulträger. Die notwendigen Gespräche darüber werden wir zügig mit der kommunalen Seite aufnehmen. Wenn alle an diesem einen Strang ziehen, können wir bereits zum nächsten Schuljahr ein solches Leihsystem realisieren.

Spielräume nutzen

Zur Finanzierung der vor uns liegenden Aufgaben nutzen wir vorhandene und neue Spielräume. In den nächsten Jahren werden die Zahlen der Schülerinnen und Schüler zurückgehen. Damit ergibt sich die Chance, die dort frei werdenden Mittel für Verbesserungen im Bildungssystem zu belassen. Dies ist auch ein einstimmiger Vorschlag den die Kultusministerkonferenz unterbreitet hat. Das Saarland wird sich beim Qualifizierungsgipfel zwischen Ländern und Bund dieser Forderung anschließen und für ihre Realisierung kämpfen. Denn als Haushaltsnotlageland ist es für uns wichtig, dass es hier übergreifenden Konsens gibt.

Darüber hinaus stellen wir aber in einem weiteren Schritt Mittel zur Verfügung, die über die reine Demografierendite hinausgehen. Im Zuge des Aufbaus von G8 sind für den Zeitraum der Doppelbeschulung 115 Stellen neu und zusätzlich geschaffen worden. Sie sind durch entsprechende KW-Vermerke zeitlich begrenzt bis zum 1. August 2009, da dann der letzte G9-Jahrgang die Schule verlassen wird. Die Landesregierung wird diese KW-Vermerke ersatzlos streichen; dies entspricht einer entsprechenden Neuschaffung von 115 zusätzlichen Stellen zu Gunsten aller Schulen insbesondere der beruflichen. Und somit einem Kostenvolumen von 5,7 Mio. Euro/Jahr.

Allein für die aufgeführten Maßnahmen im Bereich der „FGTS plus“, des Krippenausbaus, der Erweiterung von „Früh Deutsch lernen“, der Umsetzung der „Kleine-Klassen-Garantie“ und der Maßnahmen zur Besoldungsgerechtigkeit werden wir im Haushaltsjahr 2009 gemessen an 2008 10,6 Mio. Euro mehr ausgeben. Wenn man die heute angekündigten Schritte dazurechnet, stellt man fest: Diese Landesregierung verwendet 2/3 dessen, was wir im Rahmen der erlaubten Ausgabensteigerung veranschlagen können, für den Bereich Bildung.

Dies ist ein klares Signal, ein klarer Handlungsauftrag:

„Aufstieg durch Bildung“ ist für uns nicht nur ein Schlagwort, wie es auf vielen Parteiprogrammen prangt. Es ist Verpflichtung: gestern, heute und morgen.“